

LEITARTIKEL



Von Rasmus Buchsteiner

Lockert Jamaika das starre Rentensystem?

Müssen wir im Alter länger arbeiten? Die Debatte verläuft stets nach gleichem Muster. Der Forderung, die Altersgrenze an die steigende Lebenserwartung zu koppeln, folgt der große Aufschrei. Angela Merkel geht der Frage, ob die Rente mit 67 der Weisheit letzter Schluss ist, konsequent aus dem Weg. Im TV-Duell auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes hat die Kanzlerin die Rente mit 70 kategorisch ausgeschlossen. Die Jamaika-Verhandlungen in Berlin bieten nun überraschenderweise doch die Chance auf echten Fortschritt in der Debatte. Erstmals wird wirklich darüber diskutiert, ob es Alternativen zum System mit fester Altersgrenze gibt.

Wer die Mathematik beherrscht, kommt an einer Einsicht nicht vorbei: Die Rechnung, dass eine perspektivisch deutlich sinkende Zahl von Arbeitnehmern für die Absicherung von immer mehr Älteren sorgen soll, geht nicht auf. Zumal, wenn man berücksichtigt, dass die Leistungen der Rentenversicherung wegen der steigenden Lebenserwartung immer länger bezogen werden.

Bis zur nächsten Bundestagswahl könnte sich eine Jamaika-Regierung angesichts guter Zahlen ohne größere Reformen durchwurschteln. Die Rentenkasse ist so prall gefüllt, dass der Beitrag 2018 sinkt. Gleichzeitig ist ein Rentenplus von gut 3 Prozent möglich. Altersarmut bleibt zumindest zum jetzigen Zeitpunkt ein überschaubares Phänomen. Doch will Jamaika in der Sozialpolitik keine 08/15-Koalition sein, sondern Gestaltungsanspruch zeigen, darf das Thema Lebensarbeitszeit nicht ausgeklammert werden.

Die Entscheidung zur Einführung der Rente mit 67 hat



Eine Flexi-Rente wie in Schweden kann ein Vorbild sein – wenn eine Mindestrente die Schwachen schützt.

dazu geführt, dass die Deutschen länger arbeiten und inzwischen im Schnitt mit 64,1 Jahren in den Ruhestand gehen. Es gibt ein verbreitetes Bedürfnis, auch nach Erreichen des Rentenalters zu arbeiten – in Zeiten des Fachkräftemangels eine gute Nachricht für die Unternehmen. Und was kaum jemand weiß: Wer seinen Renteneintritt um 24 Monate aufschiebt, kann seine Altersbezüge schon nach heutiger Rechtslage um bis zu 17 Prozent aufbessern.

Eine selbstbestimmte Flexi-Rente nach schwedischem Vorbild ohne starre Altersgrenzen könnte die Entwicklung hin zu längerem Arbeiten weiter befördern. Aber es braucht auch eine Lösung für alle, die das Rentenalter nicht gesund und fit erreichen, weil sie in Berufen mit viel körperlicher Belastung tätig sind. Im Vergleich zu denen, die länger arbeiten können, hätten sie auch in einem System ohne starres Rentenalter empfindliche Abschläge zu verkraften. Gelänge Jamaika eine Reform, die längeres Arbeiten attraktiver macht und diejenigen, die dazu definitiv nicht in der Lage sind, nicht ins Bodenlose fallen lässt, wäre viel erreicht. Schweden mit seiner Mindestrente kann da ein Vorbild sein.

SPEAKERS' CORNER



Von Stephanie Nannen

Meine drei Farben

Da kann einem schon die Lust vergehen. Seit Wochen sondieren Politiker Jamaika, aber nun sinkt die Zustimmung im Land. Wieder baut sich einer der verhandelnden Herren auf und sagt, dass seine Partei ganz und gar keine Angst vor Neuwahlen habe – nur wer das hören will, das sagt er nicht.

Um Inhalte gehe es, betonen alle. Und das ist neben dem Punkt, dass jeder gern wichtig ist, sicher richtig. Falsch ist es aber zu meinen, dass es nur um die eigenen Inhalte ginge.

Glauben Politiker, dass der Wähler 1:1 mit dem übereinstimmt, was im Wahlprogramm steht? Bürger geben ihre Stimmen meist demjenigen, mit dem sie viel gemein zu haben glauben, oder dem, der das kleinste Übel zu sein scheint. Im besten Fall wählt jemand also beispielsweise die Union, weil er glaubt, dass die die Wirtschaftskraft des Landes weiter stärkt. Aber das ist doch nicht alles, was diesem Wähler wichtig ist. Was ist, wenn ich gern Auto fahre, aber ein Verbot für das Schreddern von Hähnchenküken will? Was ist, wenn ich finde, dass Kinder und ihre Eltern hier zusammengehören – egal von wo sie kommen –, und fordere, dass Bildung in Deutschland vollkommen neu gedacht werden muss? Was, wenn ich eine Lebensmittelproduktion erwarte, die unter ethischen und gesundheitlichen Gesichtspunkten vertretbar ist, und gleichzeitig die Eigenverantwortung des Bürgers, die Freiheit des Individuums, gestärkt wissen will? Wenn ich also gar nicht nur schwarz oder nur gelb oder nur grün denke, sondern alle drei Farben in mir trage? Dann ist Jamaika endlich eine Spiegelung. Aber wenn die drei das diese Woche nicht begreifen, ist der Spaß schon wieder vorbei.

Stephanie Nannen ist Journalistin und Autorin in Hamburg.

Die neue Angst der Iren

Die Brexit-Pläne der Briten bringen Unruhe in ein mühsam befriedetes Gebiet: Die offene Grenze zwischen Nordirland und Irland müsste geschlossen werden. Die Menschen im Grenzland fürchten neue Konflikte. Lebt am Ende die Gewalt zwischen Protestanten und Katholiken wieder auf?

Von Gerd Schild

Die Geräusche hat Damian McGenity noch im Ohr. Das Knattern der Hubschrauber, die im Verbund in der Luft stehen, wann immer die britische Armee neue Soldaten, neues Material zu ihren stählernen Wachtürmen in Nordirland bringt. Das Knallen der Geschosse, die Explosion der Bomben, wenn die Kämpfer der Irischen Befreiungsarmee IRA wieder britische Fahrzeuge in die Luft sprengen, ihre Scharfschützen Soldaten beschießen. Die Geräusche des Bürgerkrieges hat Damian McGenity noch 30 Jahre später im Ohr. „Die britische Armee hatte Angst – zu Recht“, sagt der Landwirt.

Deshalb die Versorgung der Mannschaften per Hubschrauber. Die Soldaten am Boden wagten sich nur auf Schleichwegen durchs Gelände. Sie zerschnitten den Stacheldraht der Viehzäune, der junge Damian half seinem Vater regelmäßig, die Tiere wieder zu einzufangen. „Das Leben hier war ein Albtraum.“

Damian McGenity, inzwischen 43, steht auf einer Wiese in der Nähe der Stadt Newry am östlichen Ende Nordirlands, ganz nah der Grenze. Die Republik Irland, der Süden der Insel, ist nur ein paar Hundert Meter entfernt. Das hohe Gras ist noch klamm von der Nacht, grün überall dort, wo es nicht von braungrauen Flatschen Kuhdung platt gedrückt ist. Still ist es hier, nur das Mampfen der 30 Kühe wird lauter, die sich neugierig dem Bauern und seinem Besucher nähern. Damals, in den Achtzigerjahren, waren allein von dieser Wiese aus fünf der Armee-Wachtürme zu sehen.

Die Türme sind Geschichte. Wie der Bürgerkrieg. Doch jetzt kommt der Brexit. Und mit ihm die Angst, dass die Gewalt zurückkehrt.

Dass die offene Grenze zwischen der Republik Irland im Süden und dem britischen Nordirland wieder geschlossen wird – weil hier eine neue Außengrenze der Europäischen Union entsteht, sobald Großbritannien nicht mehr zur EU gehört. Sollen die rund 30000 Menschen, die hier täglich über die 499



Keht der Albtraum ihrer Jugend zurück? Damian McGenity (oben) und Gleann Doherty sehen neue Konflikte auf Irland zukommen. Wandmalerei in Derry zeugt vom Bürgerkrieg – das Plakat vom Wunsch der Mehrheit der Nordiren, in der EU zu bleiben. FOTOS: SCHILD



Der Brexit kann eine neue irische Auswanderungswelle verursachen.

Damian McGenity,
Farmer in Newry

Kilometer lange Grenze pendeln, die Berufstätigen, die Schüler, die Händler, die Patienten, sollen die alle wieder Pässe vorzeigen? Und Zoll bezahlen?

Die EU fordert von London Lösungen für die irische Grenzfrage, die Regierung unter Premierministerin Theresa May sagt nur: Kriegen wir hin, die Grenze bleibt unsichtbar – und spricht von technischen Lösungen. Manche Menschen im Grenzgebiet, im Borderland, werfen der Regierung vor, dass sie mögliche Konflikte bewusst übersieht und eskalieren lassen könnte. Und dass sie den teuer erkaufte Frieden zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen königstreuen Unionisten und denen, die die Wiedervereinigung der beiden Inselteile wollen, womöglich zunichte macht.

Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 ist es auf beiden Seiten der Grenze aufwärts gegangen. Die IRA hat abgerüstet, das britische Militär ist größtenteils abgezogen.

Die EU hat einigen Anteil an Frieden und Aufschwung: Sie hat Milliarden auf der Grünen Insel investiert; weil sowohl das Königreich als auch die Republik Irland EU-Mitglieder sind, ist die Grenze offen, man erkennt sie mancherorts nur noch an der sich ändernden Fahrbahnmarkierung; der Handel ist frei. Die britischen Staatsbürger im – kleineren – nördlichen Inselteil wissen das zu schätzen. 56 Prozent haben gegen den Brexit gestimmt. Umso unbegreiflicher ist ihnen die drohende neue Spaltung.

Angst und Gewalt sind den Menschen in Irland so vertraut wie das Blöken der Schafe und kalter Sprühregen. Die Engländer sicherten sich über Jahrhunderte mit Gewalt ihren Einfluss auf die katholisch geprägte Nachbarinsel, schickten Siedler, teilten die Insel 1920 in zwei Teile, sechs mehrheitlich protestantische Regionen gehören seither zum United Kingdom – die Saat für den Bürgerkrieg zwischen Republikanern und londontreuen Unionisten war gelegt. Der Konflikt eskalierte 1969, mehr als 3000 Menschen starben.

Fast jeder auf der irischen Insel kennt jemanden, der damals getötet wurde. Und viele kennen die Täter von einst. Man lebt nebeneinander,



echte Aussöhnung gab es nicht. Die meisten Briten nennen die Jahre voller Blut und Bomben bis heute verharmlosend nur die „Troubles“.

Für Gleann Doherty ist das Wort „Troubles“ wie ein Spucken auf die Gräber der Opfer. Troubles, also Probleme, die habe er, wenn er mit dem Auto liegen bleibe, sagt er. Und: „Sie haben es nicht Krieg genannt, weil im Krieg Regeln gelten.“ In diesem Krieg nicht. Am 30. Januar 1972 schossen britische Spezialkräfte auf eine Demonstration der Bürgerrechtsbewegung in Derry. Dohertys Vater Patrick war der zwölfte Tote des Bloody Sunday. Gleann war sieben Monate alt.

45 Jahre danach steht Doherty am Tatort. Er zeigt auf die Bordsteinkante, dorthin, wo der Schütze stand, der in den Untersuchungsberichten als „Soldat F“ anonymisiert wurde. Dann geht er über die Straße, vorbei am Denkmal für die Toten und auf eine Reihenhauseinsiedlung zu. Doherty zeigt auf ein Holztor, ein gepresstes Lächeln, zwei dürre Sätze: „Hier starb mein Vater. Er wurde ermordet.“

Die Unterdrückung, gegen die sein Vater kämpfte, war für den Sohn an jedem Tag seines Lebens greifbar, sagt Gleann Doherty. Wollte er sich etwa für einen Job bewerben, dann wurde er, der Katholik, in der mehrheitlich protestantischen Stadt in Nordirland meist gar nicht erst eingeladen, weil man schon am Namen die Konfession erkannte.

Wenn man seiner Geschichte nicht enttrinken kann, dann sollte man sie erzählen, so sieht es Doherty. Er hat Geschichte und Politik studiert und führt nun Gäste durch seine Stadt. „You are now entering Free Derry“ steht am Eingang zum Arbeiterviertel Bogside. Aktivisten haben das 1969 auf die Außenwand eines Reihenhauses gepinselt, sie hatten das Viertel zur freien Stadt ernannt. Als Bagger die Reihe niederrissen, ließ man das Endstück stehen. Überall zeugen riesige, bunte Wandmalereien auf dutzenden gleichartigen Arbeiterhäusern von der Geschichte des Kernviertels des katholischen Widerstands, der 1969 zur Revolte wurde.

Doherty stellt sich neben das Denkmal für die Hungerstreiken-

den der IRA. Die „Troubles“, der Bürgerkrieg, geschah in Derry wie überall im Borderland inmitten der Städte und Gemeinden. „Meine Oma hat in der Küche Molotowcocktails gebaut, einen nach dem anderen. Dabei hat sie wahrscheinlich geraucht“, sagt Doherty und lacht. Kinder haben die Brandbomben dorthin gebracht, wo sie gebraucht wurden. Es war normal, Menschen und Waffen zu Hause zu verstecken. „Das waren gewöhnliche Menschen in außergewöhnlichen Zeiten“, sagt Doherty. „Ich habe die IRA unterstützt – bis es eine Alternative gab.“

Die Alternative war Europa. Die EU hat Brücken gebaut, Kulturzentren, Straßen, Schulen. Der Aufschwung hat nicht nur das wirtschaftliche Leben der Menschen besser gemacht. Und doch sei der Riss durch die Gesellschaft weiter spürbar, sagt Gleann Doherty. Sinnbild dafür sei, dass die Katholiken ihre Stadt Derry nennen, Protestanten aber Londonderry. Wer keinen Ärger will, sagt Stroke City, Schrägstrich-Stadt, weil auf den Verkehrsschildern immer Derry/Londonderry steht.

Sinnbild ist auch die Unfähigkeit der beiden großen Parteien, die nach dem Wahlergebnis vom März eine Koalitionsregierung hätten bilden müssen, sich zusammenzufinden. Die Unionisten der DUP und die Nationalisten von

Sinn Fein haben das bis heute nicht geschafft – um den Preis, dass London jetzt unmittelbar in die Regierungsgeschäfte eingreift und Nordirland-Minister James Brokenshire einen Haushalt festlegen soll – die für den Brexit Verantwortlichen übernehmen das Kommando.

Sinnbild für den Riss seien aber auch die Mauern, die die Wohngebiete trennen – hier die Protestanten, dort die Katholiken. Dohertys Tochter ist gerade nach Belfast gezogen, sie wohnt direkt neben einer der „Peace Walls“. Friedenswände werden die Mauern hier genannt, als könnten sie Frieden schaffen. Die meisten sind erst nach dem Abkommen von 1998 gebaut worden. Bis heute werden an manchen Stellen des Nachts die Durchgänge geschlossen, an manchen Stellen werden aber auch Mauern eingerissen.

Die Frage, die die Menschen entlang der Grenze jetzt umtreibt, ist diese: Wenn die einigende Kraft des Aufschwungs und der EU-Projekte wegfällt – welche Kräfte gewinnen dann die Oberhand? Gleann Doherty geht es wie den meisten seiner Nachbarn: Sie können sich nicht vorstellen, dass die Gewalt zurückkommt. Aber sie konnten sich auch den Brexit nicht vorstellen.

Übernimmt das Kommando in Belfast: Londons Nordirland-Minister James Brokenshire. FOTO: DPA

Auf beiden Seiten der Grenze

499 Kilometer lang ist die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland.

17 schwer befestigte Grenzübergänge gab es während der „Troubles“, heute ist die grüne Grenze an 260 Stellen ohne Kontrollen zu passieren.

30 000 Menschen pendeln täglich über die Grenze, 1,85 Millionen Autos im Monat.

36 Prozent der nordirischen Exporte gehen in die Republik Irland – aber nur 1,7 Prozent der republikanischen Exporte gelangen in den Norden.

3 Milliarden Euro beträgt das jährliche Handelsvolumen zwischen den beiden Inselteilen.

85 000 Betriebe allein im Grenzgebiet hängen vom zollfreien Warenaustausch ab.

„Willkommen in Nordirland“: Noch ist es nur ein Schritt über eine fast unsichtbare Grenze. Mit dem Brexit droht das Ende der irischen Freizügigkeit. FOTO: GETTY

Bleiben die EU-Subventionen vor allem für die Agrarwirtschaft aus, dann gehen die Menschen, fürchtet man im Borderland. Farmer McGenity bekommt 2018 noch einmal knapp 10 000 Euro von der EU. Er sieht nicht, dass London die Mittel nach dem Brexit ausgleichen wird. Für ihn persönlich ist es nicht ganz so tragisch. McGenity führt eine Postfiliale in der Nähe, die Farm ist Nebenerwerb und Andenken an den Großvater. Am Postschalter hat McGenity erlebt, wie während der letzten Rezession immer mehr seiner Kunden Briefe und Pakete in die USA oder nach Australien verschickten. Dutzende junge Menschen waren ausgewandert, wie Generationen vor ihnen, weil sie zu Hause keine Zukunft sahen. „Viele sind zurückgekommen“, sagt McGenity. Sie hatten wieder Hoffnung auf einen Platz und einen Job in Nordirland. „Der Brexit aber könnte eine neue Auswanderungswelle verursachen – und wieder viele Mütter und Väter mit Luftpostpaketen in mein Geschäft bringen“, fürchtet McGenity.

Den Kämpfern auf beiden Seiten des Bürgerkriegs sind einige Denkmäler gewidmet. Das monumentale leuchtet mattgelb im grünen Nirgendwo der Inselmitte: ein Schaufelbagger. Die britische Armee zerstörte Brücken, sprengte Krater in die Straßen oder versperrte die Wege mit großen Fässern, die sie mit Beton gefüllt hatte – um sich vor Angreifern zu schützen und Schmuggler zu stören. Mit dem Schaufelbagger wiederum füllten Borderbusters, Grenzbrecher, Kies in diese Krater und schoben die Fässer in den Straßengraben – unter Einsatz ihres Lebens, denn für die Armee waren sie Terroristen.

Die Borderbusters hätten heute übrigens lieber ein anderes Mahnmal als den Bagger, der von JCB im englischen Rochester zusammengebaut wurde. Der Chef des Familienunternehmens, Anthony Bamford, hat für die Kampagne der Brexit-Befürworter 100 000 britische Pfund gespendet.

Die Recherche in Nordirland wurde unterstützt mit einem Stipendium von der Sir-Hugh-Carleton-Greene-Stiftung.

Mays unmögliche Mission

Chancen auf einen geordneten Ausstieg aus der EU schwinden

Von Matthias Koch

Die Uhr tickt. Am 29. März 2019 scheidet Großbritannien aus der EU aus – egal ob bis dahin ein Nachfolgevertrag die künftigen Beziehungen zur Gemeinschaft der 27 Staaten ordnet oder nicht. Wenn nicht, droht ökonomisches Chaos, vielleicht gar eine Großbritannien-Krise.

Als Theresa May am 29. März dieses Jahres den Austritt aus der EU erklärte, blickte sie feierlich in die Kameras. Ein Raunen ging durch die Reihen der Konservativen: Hier steht eine Frau, die weiß, was sie will. Inzwischen hat sich das Bild eingetrübt. May wirkt gehetzt: von politischen Gegenspielern im In- und Ausland und auch durch die unbarmherzig ablaufende Frist des von ihr eigenhändig in Gang gesetzten Austrittsverfahrens.

Der gestrige Montag war wieder ein Tag voller schlechter Nachrichten für May. Das Pfund fällt, an den Finanzmärkten ist von einer Vertrauenskrise die Rede – und im Unterhaus hantieren mittlerweile 40 konservative Abgeordnete mit einem Misstrauensantrag gegen May. Sobald es 48 sind, ist sie erledigt.

Wie lange kann sie sich noch halten? Einige Wochen? Monate?

May müsste dringend für Bewegung in den Brexit-Verhandlungen mit Brüssel sorgen. Doch das ist für sie innenpolitisch unmöglich. Würde sie der Forderung der EU nachkommen und 60 Milliarden Euro für nachlaufende finanzielle Verpflichtungen zahlen, würden Hardliner im Unterhaus sie zu Fall bringen.

Auch eine Aufweichung der harten Linie im Streit um die Grenze zwischen Irland und



Wie lange kann sie sich noch halten? Einige Wochen? Monate? Premierministerin Theresa May. FOTO: DPA

Nordirland kann May nicht bewirken. Brüsseler Unterhändler rieten jüngst den Briten, man könne ja Konstruktionen suchen, mit denen Nordirland im EU-Binnenmarkt belassen werde, dann erspare man sich Zollkontrollen und das Anhalten von Zügen.

Mays Brexit-Team empfand dies als zynischen Scherz. Jede Idee zu einem wie auch immer gearteten Sonderstatus Nordirlands gegenüber dem Rest des Vereinigten Königreichs weckt in London nicht nur Misstrauen, sondern Zorn. Am wenigsten will über so etwas die Democratic Unionist Party reden, eine radikale antikatholische Partei, auf deren Stimmen May neuerdings angewiesen ist. Denn bei der Parlamentswahl im Juni, die auf Betreiben von May eigens vorgezogen worden war, hatte die unglückliche Premierministerin ihre absolute Mehrheit verloren.

Manche in London verweisen jetzt auf Mays ursprüngliche Haltung zum Brexit. Noch kurz vor dem Referendum warb sie, allerdings nicht öffentlich, für einen Verbleib in der EU: „Ich denke, die wirtschaftlichen Argumente sind eindeutig“, sagte May im Mai 2016 vor Bankern von Goldman Sachs und fügte hinzu: „Der Grund, warum viele Menschen hier investieren, ist, weil wir Teil von Europa sind.“